

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP – Drucksachen 17/13704, 17/14185 –

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Abkommen vom 31. Mai 2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten und hinsichtlich der als Gesetz über die Steuerehrlichkeit bezüglich Auslandskonten bekannten US-amerikanischen Informations- und Meldebestimmungen

Bericht der Abgeordneten Carsten Schneider (Erfurt), Dr. Gesine Löttsch, Priska Hinz (Herborn), Norbert Barthle und Otto Fricke

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf die öffentlichen Haushalte stellen sich wie folgt dar:

Haushaltsausgaben

Der erweiterte automatische Informationsaustausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika trägt zur Sicherung des deutschen Steueraufkommens bei.

Der Aufwand der Verwaltung erhöht sich durch den Ausbau des automatischen Informationsaustausches wie folgt:

in T€	2013	2014	2015	2016	2017
Planung	135	300	0	0	0
Entwicklung	29	827	300	0	0
Pflege	0	470	480	486	492
Betrieb	0	500	288	318	318
Gesamt	164	2 097	1 068	804	810

Der dargestellte Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln wird im Zuge des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2014 berücksichtigt.

Der ggf. den Landesfinanzbehörden entstehende Aufwand durch die Auswertung der Informationen, die Deutschland aus den Vereinigten Staaten von Amerika erhalten wird, ist nicht quantifizierbar.

Weitere Kosten

Weitere Kosten fallen nicht an.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Der Haushaltsausschuss hält den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Finanzausschuss vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 26. Juni 2013

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin)
Vorsitzende

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

Norbert Barthle
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter